

# Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 1 Mk. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 2ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im H. G. Sachsen u. Preussl. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 64 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf. — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Nr. 111.

Sonntag, 26. September.

1875.

## Den Abonnenten des „Volksstaat“ zur Nachricht,

daß die wiederholten Verspätungen im Erscheinen des Blattes dem Umstände zuzuschreiben sind, daß mit dem Umzuge der Druckerei zugleich eine Vergrößerung derselben erfolgt ist.

Um nicht einzelne Nummern des „Volksstaat“ gänzlich ausfallen lassen zu müssen, hatten wir unsere Dispositionen ursprünglich so getroffen, daß zunächst die zum „Volksstaat“-Druck erforderliche Maschine in unser neues Lokal transportiert wurde, dessen gänzliche Fertigstellung bis zum Bezuge uns bis längstens Mitte September bestimmt zugesagt war.

Der Umzug selbst, der allerdings einige über unsere ursprüngliche Berechnung hinausgehende Zeit beanspruchte, besonders aber außer jeder Berechnung stehende Zwischenfälle und sich als unerlässlich herausstellende Veränderungen in der Anlage, die heute noch nicht vollendet ist, machten das rechtzeitige Fertigwerden und Expedieren des „Volksstaat“ seit Wochen zur Unmöglichkeit.

Hätte es sich nur um einen Umzug gehandelt, so trübe uns die Unzufriedenheit der Abonnenten ganz und gar mit Recht, und würden wir keinen Augenblick anstehen, uns schuldig zu bekennen. Nachdem wir aber von Neubauten und damit von Anderen abhängig wurden, wird man uns die stattgehabten Verspätungen nicht allzu hoch anrechnen.

Wir bitten besonders alle Freunde und Parteigenossen unsere heutige Erklärung in Rücksicht zu ziehen und nach Kräften dazu beizutragen, daß unser Unternehmen durch diese Zwischenfälle keinerlei Nachtheil erleidet.

Leipzig, den 24. September 1875.

Die Druckerei und Expedition des „Volksstaat“.

Erklärlicher Weise haben die vorstehend geschilderten Zwischenfälle ihren nachtheiligen Einfluß auch auf die Herstellung des Partei-Kalenders „Der arme Conrad“ ausgeübt und uns um einen vollen Monat mit der Fertigstellung desselben zurückgeworfen. Der Kalender wird nunmehr bestimmt am 15. Oktober zum Versandt gelangen, und hoffen wir, daß die Parteigenossen und Freunde in Anschauung Dessen, was ihnen mit dem diesjährigen Kalender geboten wird, sich entschädigt finden werden für ihr langes Warten.

## An die Parteigenossen und „Volksstaat“-Abonnenten.

Mit Anfang des nächsten Monats beginnt ein neues Quartal und erlauben wir uns, unsere Freunde und Parteigenossen auf das Abonnement der Parteiblätter aufmerksamer zu machen. Was schon oftmals unseren Genossen zugerufen wurde, wir wiederholen es wieder: Parteigenossen! Sorgt für Verbreitung unserer Presse, denn unsere Presse ist unsere Stärke!

So hoch auch das gesprochene Wort anzuschlagen ist, so notwendig ist die persönliche Agitation ist, das geschriebene Wort wirkt mehr und vor Allem nachhaltiger als jede auch noch so gute und gehaltvolle Rede. Darum, Parteigenossen! Trachtet vor Allem darnach, daß unsere offiziellen Parteiorgane, „Neuer Social-Demokrat“ zu Berlin und „Volksstaat“ zu Leipzig, immer mehr und mehr Verbreitung im Volke finden.

Denke Keiner, es sei genug, wenn er eines von den beiden genannten Blättern liest; nein, jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht und Aufgabe machen, immer neue Abonnenten, neue Leser den Parteiorganen zuzuführen und so am wirksamsten für die Ausbreitung unserer Grundsätze und Ideen wirken.

Die Reaction, verkörpert in unseren herrschenden Klassen, haßt nicht als unsere Presse, und daher auch das Bemühen derselben, ihr das Leben so sauer wie möglich zu machen. Dieses Bemühen unserer Gegner zu vereiteln, gibt es kein besseres Mittel als die Verbreitung dieser so sehr verhassten Presse. In jeder Hütte, in jeder Familie — überall, wo Proletarier oder mit der in der heutigen Gesellschaft als heilig erklärten kapitalistischen Ausbeutung nicht einverständene Männer wohnen, muß unsere Presse eine Heimstätte finden, damit nicht bloß die Unzufriedenheit um sich greife, sondern auch Klarheit über die Mittel zur Abhilfe der heutigen gesellschaftlichen Krebschäden unter die Massen gebracht werde. Deshalb Parteigenossen! Seid unermüdetlich in der Verbreitung unserer Parteiorgane: „Neuer Social-Demokrat“ und „Volksstaat“! Der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Hamburg, 22. September 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand der soz. Arbeiterpartei.

J. A.:

J. Auer, E. Derossi.

## Politische Uebersicht.

„Ist denn kein Blimsoll da?“ fragt der Vorstand des „Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins“. Die Antwort auf diese Frage scheint gegeben zu sein in den nachfolgenden Sätzen der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die sich also anläßt:

„Nach dem Stande der jetzigen deutschen Gesetzgebung ist es nur zulässig, daß die Landesregierungen aus eigener Initiative Auswanderungsschiffe besichtigen lassen, während den Seemanns-Amtstern auf Befehl seitens der Schiffsmannschaft das Recht zusteht, den Rumpf oder die Ausrüstung des betreffenden Schiffes mit Proviant, Ketten, Ankern etc. zu prüfen. Ueberladung und fehlerhafte Stauung wird gar nicht in Betracht gezogen. Es be-

steht hier unzweifelhaft eine Lücke in unserer Gesetzgebung, die auszufüllen ist, und dürfte dies um so notwendiger sein, als im deutschen Reiche noch diejenigen Institutionen fehlen, welche bestimmt sind, Schäden im Seewesen ans Licht zu ziehen; wir meinen z. B. eine Reichs-Seebehörde, welche die Ursachen der Schiffsunfälle feststellen läßt, oder eine Ober-Seebehörde, welche alle auf das Marinewesen Bezug habenden Vorkommnisse und Einrichtungen beaufsichtigt, wie solche z. B. in England und Oesterreich bestehen. Den Einwand, daß die deutsche Flotte in besserem Zustande sei als die anderer Nationen, und daß daher solche Gesetze vorläufig nicht erforderlich seien, lassen wir nicht gelten, denn gerade dadurch, daß die Schiffseigentümer wissen, daß das Auge des Gesetzes über sie wacht, wird in Deutschland eine tüchtige Marine dauernd erhalten bleiben, und wir werden Krisen vermeiden, wie sie England jetzt durchmacht. Geeignete Palliativmittel, rechtzeitig angewandt, sind stets drakonischen Gesetzen, die zu spät erlassen oder lässig gehandhabt werden, vorzuziehen.“

Nun, da hätten wir ja den so schuldhaft erwarteten Blimsoll: die Reichsregierung. Ob aber diesem von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ so bereitwillig offerirten Blimsoll auch das erforderliche Vertrauen seitens der in Frage stehenden Arbeiter wird entgegengebracht werden, daran zu zweifeln haben wir gar keine Ursache. Jedenfalls werden die deutschen Schiffszimmerer sich thun, sich bis auf Weiteres auf ihre eigene Kraft zu verlassen und mit gewohnter Energie auf die Beseitigung bestehender Uebelstände hinarbeiten. Selbst ist der Mann!

— Noch ein Beitrag zur Geschichte der Behandlung politischer Gefangener in Deutschland. Ein Parteigenosse theilt uns mit: Daß im „Rechtsstaate“ Preußen unsere, wegen politischen Vergehen bestrafte Parteigenossen nicht besser als Diebe behandelt werden, ist heute allgemein bekannt; neu ist jedoch die Thatsache, daß dieselben schlimmer als Diebe, Fehler, Banerfänger etc. behandelt werden, d. h. daß man diesen Letzteren weit mehr Begünstigungen zugesteht als Erstern. Im königlichen Stadtvogteigefängniß in Berlin wird der thatsächlichste Beweis hierzu geliefert. Dort sind eine Anzahl, dem Handelsstande angehörender Gefangenen detinirt, welche zum größten Theile wegen Unterschlagung, Fälschung, Diebstahl etc. bestraft wurden, und zwar Einige davon mit 5—6 Jahren Gefängniß und Aberkennung der Ehrenrechte. Diese Leute sind nun den verschiedenen Kanzleien als Schreiber zugewiesen und werden in Folge dieser Eigenschaft mit viel Zuverkommenheit behandelt. So erhalten dieselben mit dem ersten Tage ihres Eintritts in die Kanzlei Lazarethessen erster Form und zwar ohne ärztliche Verordnung, was sonst absolut nothwendig ist. Ferner gehen sie ohne Aufsicht in der Freistunde spazieren; dieselbe dauert jeden Mittag eine Stunde und am Abend gewöhnlich eine halbe Stunde, Sonntag nicht ausgenommen. Alle anderen Gefangenen gehen an Wochentagen nur eine halbe Stunde und an Sonn- und Feiertagen gar nicht spazieren. Auf Verlangen wird den bezeichneten Gefangenen auch das Studium einer fremden Sprache erlaubt. Unserem Parteigenossen Stäger hingegen, der im gleichen Gefängniß 6 Monate abzuhängen hatte (wegen Verleumdung des „beliebtesten Mannes in Deutschland“, wie der Staatsanwalt sich ausdrückte) hat man einen Antrag auf Bewilligung einer ganzen Freistunde täglich abgewiesen; dergleichen verweigerte man demselben die Erlaubniß zum Studium der französischen Sprache. Auch gestattete man ihm erst nach wiederholten Beschwerden das Tragen der eigenen Kleider und die Isolirhaft; isolirtes Spaziergehen in der Freistunde wurde ihm verweigert, und so war er denn gezwungen, mit circa 35 Untersuchungsgefangenen im „Gänsestreu“ zu marschieren. Lazarethessen wurde demselben 12 Tage vor seiner Entlassung verabreicht, nachdem bereits festiges Blutspucken und Abnahme der Kräfte eingetreten war. — Also giebt man sich in Deutschland Mühe, die gemeinen Verbrecher möglichst zu schonen und die politischen Aechverbrecher zu Grunde zu richten!

— Die Reichstreue ein Geschäft. Ganz schamlos wird dies eingestanden von der „Deutschen Vereinscorrespondenz“ (einem unter dem speziellen Patronate des Herrn v. Schel stehenden nationalliberalen Partei-Organ). In dem betreffenden Artikel wird ganz offen Klage darüber geführt, daß die Regierung die „Staats-treuen Katholiken“, soweit sie sich im Beamtenstande befinden, nicht hinreichend zu belohnen und zu weiterem Eifer anzuspornen verstehe; die Folge dieser Unterlassungssünde sei, daß diese sonst im Kulturkampfe so „zuverlässigen“ Beamten an den Absichten der Regierung irre würden und es nach und nach für klüger und vorteilhafter fänden, „nur passiv zu bleiben, sich farblos zu zeigen und die möglichen Eventualitäten abzuwarten.“ Also nur, wenn's „etwas einbringt“, ist das Paß „reichstreu“. Wir danken für die Offenherzigkeit.

— Moral und Humanität auf Seite der Besizenden. Man schreibt uns aus Mühlheim a. d. R.:

„Die „Rhein- und Ruhrzeitung“ liefert einen Beitrag zur Kohlenstatistik, welcher durch die zarte Darstellung fast ebenso charakteristisch ist, wie der gemeldete Thatsbestand selbst. Die Correspondenz lautet wörtlich:

„Eisen, 20. September. Der Jähzorn hat gestern hier wieder seine Opfer gefordert. Zu einem in der Steinstraße wohnenden Steinhauermeister kam gestern Nachmittag ein früherer Geselle, der jenem wegen verzügelter Zahlung von Lohn Vorstellungen, aber in ganz ruhiger Weise, machte. Der Meister entflammte darauf in Zorn

(Wie poetisch sich das nationalliberale Blatt ausläßt, warum nicht gar: Der Meister entflammte in edlem Zorn!), nimmt einen Gegenstand, der ihm auf sein Geheiß von seiner Frau gereicht wurde, und zerschmettert mit einem Schläge dem Gesellen den Hirnschädel, so daß der Betroffene sofort leblos zu Boden stürzte. Der Unglückliche lebt zwar noch, indess ist keine Hoffnung auf Genesung vorhanden.“

So die „Rhein- und Ruhrzeitung“; weiter kein Wort, keine Bemerkung über die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, nicht einmal einen verden Kiffel für den Arbeiter, der die Kohheit besaß, dem Herrn Meister wegen Zahlung seines wohlverdienten Lohnes Vorstellungen zu machen; wofür freilich dem Arbeiter das „Unglück“ passierte, daß sein Schädel von einem Werkzeug des „Jähzorns“ zerschmettert wurde. Da Hartert nur mit Kohheit, aber nicht mit Jähzorn zu thun hat, so kann ihm das Kulturstückchen leider nicht zur Berücksichtigung empfohlen werden. Das Sonderbarste ist, daß die „Rhein- und Ruhrzeitung“ sich jeder Beileidsbemerkung darüber enthält, daß der „Herr“ Meister so zum „Jähzorn“ gereizt wurde.“

Soweit unser Correspondent! Betrachten wir uns das von ihm entrollte Bild noch einmal:

Auf der einen Seite: Der Proletarier, welcher seinen „Herrn“ wegen „verzügelter Zahlung von Lohn“, d. h. wegen Uebervorteilung, wenn nicht gar Betrug, „in ganz ruhiger Weise“ „Vorstellungen“ macht; — auf der anderen Seite: Der Bourgeois „in Zorn entflammt“ über jene ganz ruhigen Vorstellungen, ausgerüstet mit einem „Gegenstande“, den er sich zum Zwecke rohester Gewaltthätigkeit herzureichen läßt, den Schädel des Proletariers mit einem Schläge zerschmettert. — — — Die „Rhein- und Ruhrzeitung“ hat recht: auch wir haben solchen Thatsachen keine Silbe hinzuzufügen!!

— Constantes Kapital und variables Kapital. Wie verschwindend klein das variable Kapital im Verhältniß zum constanten Kapital ist, zeigt wieder zur Evidenz der Bericht der Aktiengesellschaft Bredower Zuckerraffinerie für die Campagne von 1875.

Anderweitige Ausgaben:		Löhne:	
Steuern	82,650 Thlr.		20,191 Thlr.
Kohlen	29,209 „		
Rüben	90,121 „		
Materialien u. Kalkstein	2,769 „		
Versicherungsprämien	2,113 „		
Geschäftskosten	11,215 „		
	198,077 Thlr.		20,191 Thlr.

Das Verhältniß des constanten Kapitals zum variablen Kapital ist also beinahe wie 10:1. Bei einer Fabrik, die beinahe für 100,000 Thlr. Rüben in einer Campagne verarbeitet, ist es wohl nicht zu hoch gegriffen, wenn wir die Zahl der Arbeiter auf mindestens 150 während der Campagne annehmen. Rechnen wir auf jeden Arbeiter oder jede Arbeiterin 3 Kinder, so sind es 600 Seelen, auf die sich 20,191 Thlr. vertheilen; es kommen also auf jede Seele jährlich 33 1/2 Thlr. zu verzehren. Dagegen scheinen uns die Geschäftskosten mit 11,215 Thlr. sehr hoch zu sein, wie wohl jeder Unbefangene zugeben wird.

— Köstlich versprochen hat sich neulich der österreichische Cultusminister Stremayr, der bei einer Schulgründungsfeier folgenden Toast vom Stapel ließ: „Wo früher Deutsche zusammenkamen, da bauten sie zuerst ein Wirthshaus, heute bauen sie aber vor Allem Schulen, und überbieten einander in Großartigkeit derselben.“ Der gute Mann dachte an die Polke'sche Bildungsanstalt und sagte Schulen statt Kasernen.

— Montag, den 20. September, trat unser Parteigenosse August Kapell seine dreimonatliche Haft in Plögensee an.

— Seit dem 21. d. Mts. wird der „Neue Socialdemokrat“ in der Berliner Genossenschaftsdruckerei gedruckt. Die Ausstattung ist vortreflich; unser Bruderorgan, wie die Partei überhaupt, hat mit dem Insultentreten dieser Druckerei einen tüchtigen Schritt vorwärts gethan. — Der „Nürnberg-Fürther Socialdemokrat“ zeigt in seiner letzten Nummer an, daß er von Neujahr an ohne Preiserhöhung in bedeutend vergrößertem Format erscheinen wird. — Borigen Sonntag wurde die Probenummer des von den Hamburger Parteigenossen gegründeten Organs: „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ ausgegeben. Das Format ist doppelt so groß als das des „Volksstaat“, und die Ausstattung läßt nichts zu wünschen übrig. Auch eine Illustration fehlt nicht. Vom 1. Oktober an wird das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ unter der Redaktion von Hasenclever und Hillmann wöchentlich 3 Mal erscheinen. Wir hoffen, bald mehr solcher „Küßgänge“ verzeichnen zu können. —

## Innere Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen! Wie schon im Juli mitgeteilt wurde, findet der erste Abschluß der Parteibücher (Kasse) am 1. October d. J. und von da ab laut Organisation regelmäßig vierteljährlich statt. Allen Parteigenossen muß daran gelegen sein, auf Grund der ersten Abrechnung die Leistungsfähigkeit der Partei überschauen zu können. Dem entsprechend ist es Pflicht der Agenten, alle noch rückständigen Beiträge für Juni, Juli und August spätestens bis zum 30. d. M. an die Parteikasse einzusenden.

Bis jetzt haben über 400 Orte ihre Pflichten gegen die Partei erfüllt. Die Agenten nachstehender Orte werden dringend ersucht, sich über die ihnen im Juni zugestellten Beitragsmarken durch Abrechnung binnen 8 Tagen auszuweisen:

Aalen, Alfeld, Altstedt, Althausen, Amberg, Auerbach, Bamberg, Bensheim, Bismarckwerda, Bonn, Brandenburg, Bredstedt, Bregenzheim, Burgdam, Bürgel, Clandthal, Constanz, Eisenach, Fischenheim, Fischbach, Frankenhäusen, Frankfurt a. d. O., Freiberg, Friedrichshagen, Gera, Geier, Ginnheim, Glashammer, Greifrath, Gräna, Hartbau, Heidingfeld, Heinstadt, Heimershausen, Hemslingen, Hertsfeld, Hugesheim, Kestenberg, Kirchheim, Kirch-Steinbeck, Klein-Anheim, Köthensdorf, Lilienthal, Lohberich, Lößnitz, Lützenwalde, Lüttrichhausen, Magstadt, Meiderich, Mittelbuchen, Mühlheim a. d. Ruhr, Mühlheim a. W., Mühlstross i. B., Münschenbernsdorf, Neunied, Neustadt a. d. Orla, Neu-Heppens, Niederhafflau, Nienburg a. d. S., Nienburg a. W., Nordhausen, Oßernheim, Plauen, Ploen, Pransheim, Rostock, Rödelheim, Rummelsburg, Schneberg, Schopperhof, Schönebeck, Schwb. Gmünd, St. Tönis, Stargard i. P., Süchteln, Teuchern, Tübingen, Utho, Weimar, Wildensfeld, Wittgensdorf, Wörlitz, Zschornau.

Hamburg, 22. Sept. 1875.

Mit Gruß!

Namens des Vorstandes:  
Aug. Weib, Ködingsmarkt 12.

### Gewerksgenossenschaftliches.

Kopenhagen. (Telegraphische Depesche.) Cigarrenarbeiterstreike in Malmo, Schweden, ausgebrochen! Zuzug fernzuhalten. Johnson.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Siegen, 22. Sept. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kongress-Protokolle zum Versandt fertig sind, und ersuchen wir, Bestellungen baldmöglichst folgen zu lassen. Ein jedes Mitglied muß so viel Interesse an unserer Sache haben, um ein Exemplar zu kaufen. Die Protokolle werden, um die Beschaffung leicht zu machen, zum Selbstkostenpreis, pr. Exemplar 15 Pf., abgegeben, weshalb wir die Bestellungen in Partien erbitten, weil die Porto-Ausgaben für's Einzel Exemplar zu groß sind. Die Bevollmächtigten wollen in ihren Mitgliedschaften für regen Vertrieb sorgen und die Bestellungen entgegen nehmen, wobei wir bemerken, daß der Besteller uns für den Betrag der Sendung verantwortlich sein muß. An uns nicht genau bekannte Genossen können nur gegen Einlieferung des Betrages Exemplare verabfolgt werden.

Durch unliebsame Störung in der Druckerei sind wir noch nicht im Besitze der Statuten etc., werden dieselben aber in den ersten Tagen bekommen.

Mit brüderlichem Gruß

Der Ausschuss.

J. A.: B. Meyer.

### Correspondenzen.

Leipzig, 22. September. Gelogen wie telegraphiert — dies Wort erlangt immer mehr Berechtigung. Ueber das Resultat der Landtagswahl in Leipzig war in allen deutschen und vielen ausländischen Zeitungen ein Telegramm zu lesen, daß Herr Rechtsanwält Freitag nur 380 — statt 521 — Stimmen erhalten habe. Die „Frankfurter Zeitung“, die ebenfalls getäuscht worden war, berichtet die Fälschung im vorstehenden Abendblatt mit dem Bemerkung, daß der Telegraph gelogen habe. Ein erfreuliches Zeichen für uns, daß die Gegner den „Rückgang“ nur auf solche Weise an den Mann zu bringen im Stande sind. — Unkomisch ist beiläufig das Gejubilium der hiesigen Nationalliberalen über ihren Wahlsieg. Wahlsieg setzt Wahlkampf voraus, ihr Herrchen, und daß ihr diesmal in eurer bisher unbefruchteten Landtagsdomäne einen Kampf hattet, beweist, daß euer Macht im Sinken ist. Das merkt euch. Und noch Eins. Der Leipziger Bezirk, welcher die letzte Wahl hatte, enthält in runder Summe 5000 Landtagswähler, davon stimmten für euch, die zerstückelten Stimmen euch zugerechnet, etwas über 1800, für uns 521. Weit über 3000, nahezu zwei Drittel der Wähler haben sich enthalten — für euch wollten sie nicht stimmen, weil sie euch kennen, für uns nicht, weil sie uns nicht kennen. Wir werden dafür sorgen, daß sie uns kennen lernen und — von euch keine bessere Meinung bekommen. Auf Wiedersehen bei den nächsten Wahlen!

Ernstthal, den 19. Sept. Obgleich die Volksversammlung, die Bebel gestern vor 8 Tagen bezüglich der Landtagswahlen hier abhielt, ausgezeichnet verlief, und wir, nach der allgemeinen Stimmung zu urtheilen, siegen mußten, ist es doch anders gekommen. Unser Candidat erhielt 75 Stimmen, der Gegner 80. Aber wie wurden diese erobert? Trogdem der hiesige Bürgermeister Wahlvorstand war, und in dieser seine Stellung verpflichtet gewesen wäre, sich jeder Agitation zu enthalten, figurirte er mit vollem Titel unter dem Aufus des liberalen Wahlcomités. Ein solches Verfahren ist, gelinde gesagt, eine Taktlosigkeit. Höchst anmaßend und das Gesetz mit Füßen tretend, benahm sich auch der zweite Wahlvorsteher, Stadtrath Wilhelm Vayrig, der mit Wilhelm Reinhold sich vor die Hausthüre des Wahllokals stellte, die Wähler fragte, wen sie wählen wollten, und wenn einer für Bebel stimmte, versuchte, ihm den Zettel aus der Hand zu nehmen und gegen einen mit dem Namen Penzig's umzutauschen. Dem Wähler Heinrich Franke gegenüber bedienten sich diese sauberen Herren des Ausdrucks: in diesen Zettel (mit Bebel's Namen) könnten sie Wurst hinein wickeln. Wilhelm Beier's Zettel wurde auch umgetauscht. F. Reichelt, ein alter, ehrenwerther Mann, der aus Verihum in die Rathsexpedition trat, weil er dort das Wahllokal vermutete, begegnete darin seinem Vetter, dem Stadtkassirer Fritz Reichelt, welcher ihm seinen Zettel mit Bebel's Namen aus der Hand nahm und ihm dafür einen mit dem Namen Penzig's schrieb, sagend: einen Mann wie Bebel dürfe er nicht wählen. Ich könnte noch mehrere ähnliche Fälle anführen, die erwähnt werden jedoch genügen, um zu beweisen, wie es kam, daß die Gegner siegten.

(Es ist ganz schön, daß uns diese Ungeheuerlichkeiten mitgetheilt werden; aber gab es denn in Ernstthal kein sozialdemokratisches Wahlcomité, das solchen frechen Ungeheuerlichkeiten mit aller Energie entgegentrat und die anmaßenden Begner in die Schranken der Geseze verwies? Wenn solche Dinge in einer Stadt passiren, in welcher die Partei so vielen Anhang hat und bei allen Reichstagswahlen eine so immense Majorität für den sozialdemokratischen Candidaten abgab, was soll man dann vom Lande erwarten? Der vorliegende Fall zeigt, daß unsere Parteigenossen selbst häufig da, wo sie das klarste Recht auf ihrer Seite haben, eine fast unbegreifliche Zurückhaltung und Aengstlichkeit — um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen — offenbaren. Lassen wir uns unser kluges Recht unter der Hand wegnehmen, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn die Gegner uns mit Fußstapfen zu traktiren versuchen. R. d. B.)

Frankfurt a. M. Allgemeiner Agitationsbericht. In Nach-

stehendem gebe ich, mit Ausschluß der schon von einzelnen Parteigenossen gebrachten Berichte einen Ueberblick über unsere Agitation während der letzten Monate. Den 7. Juni wurde zu Frankfurt eine Volksversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Das Gottesgnadenthum“. Den 9. fand daselbst die Berichterstattung über den Gothaer Congreß statt. Am 11. Juni hatte ich zu Bornheim die Berichterstattung. Den 12. Juni referirte ich zu Hanau. Den 14. hatte ich zu Offenbach den politischen Wochenbericht. Den 16. referirte ich zu Frankfurt. Den 19. zu Bornheim. Den 23. Nachmittags in einer Vätererversammlung zu Frankfurt. Den 23. Abends in einer Volksversammlung über die Tagesordnung: „Das heutige System des Liberalismus“. Am 26. referirte ich zu Höchst. Am 27. Morgens fand zu Frankfurt eine zahlreiche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Enquete“, wozu der Regierungsath John (dieser auch brieflich) sowie die Vertreter der Presse durch Plakate eingeladen waren. Der Herr Regierungsath sagte in einem Schreiben sein Erscheinen ab. Nach längerer und klarer Debatte wurde eine Commission beauftragt, zum Regierungsath zu gehen, um ihm die Ansichten der Versammlung über die Enquete zur Kenntniß zu bringen. Die Parteigenossen G. Müller, Prinz und Unterzeichner haben den Auftrag der Versammlung erfüllt und über 3 Stunden mit dem Regierungsath referirt. Die „Frankfurter Zeitung“ hat feinerzeit über diese interessante Versammlung einen ausführlichen Bericht gebracht. Den 28. referirte ich zu Hanau über die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Am 30. fand zu Frankfurt eine Volksversammlung statt und referirte ich über: „Die Kunst und Wissenschaft im Alterthum, im heutigen Staat und im Zukunftsstaat.“ Den 3. Juli referirte ich zu Bornheim über die indirekten Steuern. Am 4. fand zu Offenbach eine Parteiconferenz statt. Am 5. hatte ich zu Niederrath über „Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei“ zu referiren. Den 6. zu Offenbach über die Enquete. Den 7. zu Frankfurt über die Frage: „Was ist Freiheit?“ Am 14. hielt ich zu Frankfurt eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Maschinen und ihr Einfluß auf die Arbeit.“ Den 17. sprach ich zu Groß-Anheim und den 18. zu Klein-Krogenburg über „Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.“ Am 19. hielt ich zu Offenbach eine Versammlung ab. Am 20. sprach ich im Frankfurter Schreinerverein über den Einfluß der Großproduktion auf das Handwerk. Am 24. fand zu Mühlheim a. W. eine Volksversammlung statt, in welcher ich über die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands referirte; desgleichen am 25. zu Groß-Steinheim. Am 26. zu Hanau über „das System des Wahlrechts.“ Am 31. zu Offenbach in Parteianglegenheiten. Am 1. August sprach ich zu Klein-Anheim über die sozialistische Arbeiterpartei. Am 5. referirte ich in einer Volksversammlung zu Wiesbaden über die Bestrebungen der Arbeiterpartei. Am 6. in einer Schuhmacherverversammlung zu Wiesbaden über „die Großproduktion und ihre Folgen.“ Den 7. hielt ich zu Offenbach eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Das heutige System des Liberalismus.“ Am 9. sprach ich im Frankfurter Wahlverein über das Thema: „Wie man die soziale Frage löst.“ Am 18. in einer Volksversammlung zu Frankfurt über die Opferwilligkeit der Großen und Mächtigen und die der Armen. Am 19. in einer Schuhmacherverversammlung zu Frankfurt über die Arbeiterbewegung in England. Am 24. in einer Schreinerversammlung über „Arbeitslohn und Lebensmittel.“ In der am 25. abgehaltenen Volksversammlung zu Frankfurt referirte ich 1) über „Thier- und Menschenzucht“, 2) über den Fabrikanten- tag zu Cassel. Am 27. zu Bodenheim über die Sedanfeier. Am 29. hielt ich zu Wiesbaden die Festsrede. Zum Gedächtnistage des Todes Lassalle's hielt ich am 4. September zu Offenbach und am 5. zu Frankfurt die Festsrede. Am 6. hatte ich im Frankfurter Wahlverein zu referiren.

Breslau. (Hirsch-Dunder'sche Versammlung.) Die am Dienstag, den 7. September im Casper'schen Lokal, Matthiasstraße hier, abgehaltene öffentliche Versammlung des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter war gut besucht; das Bureau kam in die Hände der Sozialisten, und wurde gewählt als erster Vorsitzender Reinders, als zweiter Just und als Schriftführer Kriemichen. Das Resultat der Bureauwahl veranlaßte Herrn Huhn (Hirsch-Dunder'scher), zu erklären, daß er unter solchen Umständen das Lokal verläßt; zugleich forderte er seine Freunde vom Gewerksverein auf, dasselbe zu thun, da sie nicht gewillt sein könnten, unter sozialistischem Vorsitz die Angelegenheiten des Gewerksvereins zu erledern. Aber nur Wenige leisteten der Aufforderung Huhn's Folge, darunter der Wanderlehrer Keller etc. Huhn und Keller gingen augenscheinlich, um so der Vertheidigung am besten aus dem Wege zu gehen! Die Herren Sasse und Landgraf aus Berlin referirten über den Conflikt, welcher auf dem letzten Verbandstag zu Leipzig durch das statutenwidrige Vorgehen des Herrn Dr. Max Hirsch hervorgerufen wurde, und einen Protest nach sich gezogen hat, dem sich ein beträchtlicher Theil der Mitglieder angeschlossen hat, worüber Dr. Max Hirsch außer sich ist und seine Zuflucht zur Lüge und Verläumdung gegen die Protesterheber nimmt. Das nützt ihm aber nichts, denn trotz alledem mehren sich die Opponenten, so daß Hirsch sich schon geäußert hat: „Berlin ist für uns verloren, suchen wir die Provinzen zu erhalten.“ Dazu sind besonders die Herren Huhn (Buchbinder) und der Wanderlehrer Keller aus Beuthen anzusehen. Das wird ihnen aber wohl sehr schwer werden, denn auch in der Provinz hat man Kenntniß von den 84,000 Thln., welche Herr Hirsch mit der Häuser speculation verdient hat, und auch von den 21,000, welche der Herr Haal in Charlottenburg betrügerischerweise sich angeeignet hat. Die Herren Referenten hatten für ihre Aussagen auch zugleich das Beweismaterial bei der Hand. Außerdem sprach noch sehr treffend der Silberarbeiter Herr Ansozge gegen den Dr. Hirsch; derselbe warnte die Mitglieder des Gewerksvereins, sie möchten sich nicht mehr von Hirsch an der Nase herumführen lassen, sondern denselben den Rücken kehren. Auch gegen die Erklärung Huhn's, daß die Mitglieder der Gewerksvereine das Lokal verlassen sollten, um nicht mit den Sozialisten zu tagen, wandte sich der Redner, indem er erklärte, er sei schon längst darüber im Klaren, daß die Mitglieder des Gewerksvereins mehr und mehr ins Lager der Sozialisten gedrängt werden. Nur Schubert (Machinenbauer) erbat sich des Dr. Hirsch und versuchte denselben in Schutz zu nehmen. Daraus sprach noch Reinders; derselbe führte aus, daß er nicht gegen die Person des Hirsch, sondern vielmehr gegen das Prinzip des Gewerksvereins sei, und wider eine derartige Organisation stets ankämpfen werde, wenn sie auch von andern Personen gegründet sei. Zum Schluß wurde von Herrn Jacob (Mitglied des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter II) folgende Resolution eingebracht:

„1) Das Vorgehen des Dr. Max Hirsch in Berlin gegen ein-

zelne Mitglieder des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter ist nicht zu beschönigen, sondern zu verachten. 2) Weil Hirsch persönliche Fragen von der allgemeinen Sache nicht zu trennen vermag, und weil ihm jedes Mittel zum Zweck recht ist, so ist er auch nicht fähig, unparteiisch einer Arbeiter-Organisation vorzusprechen. In dieser Resolution brachte Herr Reinders noch folgenden Zusatz ein: 3) Die Organisation der Gewerksvereine ist nicht im Stande, die soziale Lage des arbeitenden Volkes zu verbessern.“ Die gesammte Resolution mit dem Reinders'schen Zusatz wurde darauf einstimmig angenommen. Mit sozialdemokratischem Gruß

S. Rebel, Regeberg 30, 2.

### Fond für Gemahreite:

B. Arbeiterverein Reuschönfeld 335. Einem Unterbeamten daselbst 0,50.

### Berlin

Sonnabend, 25. September, Abends 8 Uhr:

### Zwei öffentliche Arbeiterversammlungen.

1) Gratzweil's Bierhallen. 2) Mariannenstr. 31, Industriehallen.

An demselben Tage findet auf dem Gesundbrunnen in Pfenz' Lokal, Pankstr. 25 eine große Volksversammlung statt.

Montag, den 27. Sept., Abends 8 Uhr, Landwehrstraße 11 bei Reiker: Die normale Produktion und die Sittlichkeit. Vortrag von Adam. — Verschiedenes.

Dienstag, 28. Sept., Abends 8 Uhr. 1) Adlerstr. 63 bei Quast: Der indirekte Nord. Vortrag von Liesländer. Verschiedenes. 2) Alh. Moabit bei Wornstädt. Vortrag von Baumann. Verschiedenes.

Die Versammlungsgenossen werden dringend ersucht, in allen Bezirken auf dem Plage zu sein. A. Gehrig. [140]

Zur Beachtung! Sonnabend, 9. Oktober, findet auf Livost am Kreuzberge eine große Volksversammlung statt. — Die verschiedenen Vereine bitten dieses zu beachten. Der Ob. [30]

### Berlin

Sonntag, den 26. September, Nachmittags 4 Uhr:

Sophienstraße 15:

### Stiftungsfest

des Fachvereins der vereinigten Knopsarbeiter Berlins.

Programm-Billetts 30 Pf., vorher 25 Pf. — Das Nähere die Programmblätter. Da der Ueberfluß zu einem wichtigen Agitationszweck verwendet wird, so bitten wir alle andern Corporationen und Parteigenossen um ihre gütige Unterstützung. Es haben sich auch Unterzeichnete zur Ausgabe gemacht, mit aller ihrer Kraftanstrengung dieses erste Fest, zu einem der schönsten aller Feste zu machen. Das Festcomité. [300]

### Cöln a. Rh.

Wittwoch, den 29. Sept., Abends halb 9 Uhr

im Lokale des Herrn Weinreis, Thieboldsstraße Nr. 100:

### Bersammlung

der Mitglieder der Genossenschaftsklubs.

Tagesordnung: Wichtige Besprechungen. — Ersuche alle Mitglieder zu erscheinen. Der Vorstand [70]

### Hamburg

Dienstag, den 28. Sept., Abends halb 9 Uhr,

Stadly's Stablfement, Valentinstamp 41:

### Volksversammlung.

L.-D.: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hasenclever. — Ersucht um Verbreitung. A. Görig, Cichholz 58. [60]

### Leipzig

Montag, den 27. Sept., Abends halb 9 Uhr:

### Versammlung.

L.-D.: Gewerkschaftliches. — Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bev. [60]

### Reuschönfeld b. Leipzig

Montag, den 27. Sept.

Abends 8 Uhr, im Bergschlößchen:

### Geschlossene Mitgliederversammlung.

Der Vorstand. [50]

Lypsen. 1875. 26. 02.

(w)

[20]

### „Der Bote“

Organ der Klempner und verw. Berufsgenossen.

Monatlich 2mal.

Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal 40 Pf. — Alle Postanklagen nehmen Vorkosten darauf an, wie auch die Expedition Hamburg, gr. Drehbahn 31a. (2a) B. Rejger. [30]

### Ermäßigte Preise!

Von heute an gebe ich die bei mir erschienenen Lassalle'schen Schriften an die Parteigenossen zu folgenden Preisen ab:

	bei Part.	Ein
Lassalle, F., Antwortschreiben	8	10
— Arbeiter-Lesebuch	15	20
— Arbeiter-Programm	10	15
— Die Wissenschaft und die Arbeiter	15	20
— Criminalprozeß III. Heft	20	30
— Indirekte Steuern	20	30
— An die Arbeiter Berlins	10	15
— Erwiderung auf die Recension der Kreuzzeitung	10	15
— Ueber Verfassungswesen. Was nun? Macht und Recht	20	30
— Die Philosophie Fichte's	15	20
— Zur Arbeiterfrage	15	20

Versendung nur gegen Baar (unter Beifügung des Porto's) oder Postvorschuß.

Draunshweig, 15. September 1875. B. Grade jun. [560]

### Socialistische Theaterstücke.

Eine Sammlung dieses Inhalts beginnt soeben unter vorstehendem Titel bei uns zu erscheinen und zwar in einer unbestimmten Anzahl zwangloser Lieferungen. Jede Lieferung ist für sich veräußlich. Hieron ist bereits erschienen:

Nr. 1.

### Ein Schlingel.

Eine nationalökonomisch-sozialistische Humoreske von J. B. von Schweiger.

In 1 Akt.

Einzel-Preis dieser Lieferung: 40 Cts. — 35 R.-Pf. — 20 R. Pf. NB. Die zur Aufführung des Stückes (als Rollen etc.) nöthig 80 Cts. liefern wir für Fr. 1. 50 Cts. — RL. 1. 50 R.-Pf. 80 R. Pf. B.

Zu vorstehenden Preisen versenden wir franco und nehmen wir das auch österreichisches Geld, ohne Rücksicht auf hiesigen Agioverlust, für die kleineren Beträge können in Briefmarken eingeliefert werden. — Versendung erfolgt jedoch stets nur gegen baar, resp. mit Nachnahme (Postvorschuß). Für Wiederverkäufer größeren Rabatt, jedoch dann unfrankierter Versendung. Volksbuchhandlung (3. Franz), Jährlich- (Stich genügende Adresse). [500]

Verantwortlicher Redakteur: D. Kündt in Leipzig.

Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeitungsstraße 14, in Leipzig, und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.